

Inhalt.

Deutschland. Frankfurt (Das Verhältniß zu Oesterreich. Die zweite Lesung der Verfassung auf den 19. Februar festgesetzt. Gerichte von einem bevorstehenden demokratischen Aufstand. Die Mission des Herrn Bunsen nach London). Kremsier (Reichstags-Sitzung). Berlin (Der Ausfall der Abgeordnetenwahlen zur zweiten Kammer in der Hauptstadt und einigen Provinzialstädten). Stettin (Marineangelegenheiten). Halle (Abgeordnetenwahl). München (Programm des linken Centrums. Stärke der Linken. Militärorde). Dresden (Verhandlungen der zweiten Kammer). Freiburg (Adresse an den Großherzog). Darmstadt (Kammerverhandlungen). Italien. Rom (Ergebnis der Wahlen. Die lombardische Politik). Frankreich. Paris (Die radicale Presse. Ein Curiolum. Neue Verfassungen. Die Einleitung eines Processes gegen Proudhon genehmigt). Donaufürstenthümer. Bukarest (Die Russen).

Deutschland.

* ** **Frankfurt, 6. Febr.** Zu unserem Erstaunen vernahmen wir, daß stets noch daran gedacht wird, den völligen Eintritt Oesterreichs in den neuen Bund unter gleichen Bedingungen wie alle übrigen deutschen Staaten zu bewirken, somit von der Bildung eines engeren und eines weiteren Vereins, wovon der erstere den Charakter eines Bundesstaates, der letztere den eines Staatenbundes oder einer Union an sich trüge, Umgang zu nehmen. — Wir gestehen, daß wir die Ausführbarkeit dieser Idee nicht zu fassen vermögen, und daß wir sie daher näher formulirt sehen möchten, um uns sodann darüber auszusprechen zu können. Soviel ist uns klar, daß wenn Oesterreich an dem hiesigen Verfassungswerke den gleichen Antheil nehmen soll wie die andern deutschen Staaten, entweder diese Verfassung völlig umgeändert, oder in der österreichischen Monarchie selbst alles auf den Kopf gestellt werden müßte. Da nun das letztere nicht denkbar ist, so wird wohl das erstere beabsichtigt werden. Sonach dürfte man dahin arbeiten, den Bundesstaat ganz sachte wieder in einen Staatenbund umzuwandeln, wozu die zweite Lesung der Verfassung die Gelegenheit darbietet wird. Dabei wird man auf den in verschiedener Weise sich regenden Particularismus zählen und es deshalb auch nicht verschmähen, den Stammeshaß möglichst wieder anzukümmern. Bereits haben wir auf die deftalligen Versuche aufmerksam gemacht. Man wird den Ständeverfassungen eine ungehörte Herrschaft in den einzelnen Staaten in Aussicht stellen, und damit vielleicht sogar die Republikaner fördern. Kann man die Republik nicht im Großen herstellen, so ist es immer noch ein Gewinn, sie im Kleinen zu verwickeln, und die höchste Stufe deutscher Glückseligkeit würde darin bestehen, ein Zerrbild der Schweizer Kantonalregierungen zu liefern. Um diesen Preis könnte selbst die linke Seite der Nationalversammlung bewogen werden, alle Bestimmungen der Verfassung zu opfern, die auf eine Verstärkung der deutschen Einheit berechnet sind. Kann man die Einheit und Freiheit nicht erreichen, so opfert man die erstere und behält die zweite, in der Hoffnung, durch diese jene mit der Zeit wieder zu erobern, versteht sich in der republikanischen Form. Oder sollten jene, welche neuerdings auf den Staatenbund hinarbeiten, wirklich glauben, daß es ihnen möglich sein werde, eine Verstärkung der deutschen Macht zu verhindern und zugleich die Freiheitsbestrebungen zu bändigen? Wenn wir seit einem Jahre nicht so viel Unglaubliches erlebt hätten, würden wir uns scheuen, eine solche Frage auch nur zu stellen. Der Staatenbund bringt es mit sich, daß die Unabhängigkeit der einzelnen Staaten höher angeschlagen wird, als die Zwecke der Gesamtheit. Die Freiheit in den einzelnen Staaten würde daher auch über die Macht der Gesamtheit gestellt und die letztere zerrümmert, nicht aber die erstere gebündelt werden können. Oder rechnet man etwa auf die Abspannung und Ermattung der deutschen Völker und im schlimmsten Falle auf militärische Hilfe? Auch hierin könnte man sich bitter täuschen, und wir verweisen vor allem auf die Stellung Preußens, das sich unumwunden für die Nothwendigkeit des Bundesstaates ausgesprochen hat, und daher zu Herstellung des alten Staatenbundes durch solche äußerste Mittel die Hand nicht bieten kann. Wir wissen wahrlich nicht, ob in solchen durchaus unklaren Vorschlägen mehr Leichtsinns oder Kühnheit zu erkennen ist. Wenn wir unsererseits Bedenken dabei hatten, ob der Sprung von dem alten Staatenbunde in den Einheitsstaat, der allerdings von Vielen erstrebt wurde, gelingen werde, so sind wir nicht minder gewiß, daß der Sprung rückwärts in den alten Staatenbund nur die völlige Auflösung Deutschlands zur Folge haben könnte. In dem Falle würden wir nur noch einen der vielen hier gemachten Vorschläge zu empfehlen haben, nämlich den der Organisation einer Auswanderung ins Großen, um wo möglich in einem andern Welttheile das Vaterland zu finden, das uns in Europa durch Kürzsichtigkeit, Selbstsucht und Neid auf eine so schmachvolle Weise zerrümmert und entzogen werden will.

Frankfurt, 7. Febr. Während der Verfassungsausschuß die zweite Lesung fördert, bereiten sich die Regierungen vor, ihre Erklärungen abzugeben. Mehrere Bevollmächtigte haben, wie wir vernahmen, bereits die darauf bezüglichen Instruktionen erhalten, auch mit dem preussischen Minister, Herrn Camphausen, eine vorläufige Beratung gepflogen. Einige andere, welche diese Instruktionen mündlich einholen wollen, sind täglich zurück erwartet. Von Ba-

den ist der Staatsminister, Herr v. Dusch, selbst hier anwesend, und Bayern hat in der Person des Ministerialraths Weber einen eigenen Bevollmächtigten zum Zwecke der Verfassungsberatung ernannt. Dieser ist durch eine Schrift über die deutsche Verfassung bekannt, welche schon vor einigen Monaten, gleichsam als eine officielle Meinungsäußerung der bayerischen Regierung, an die Mitglieder der Nationalversammlung theilte worden. Sie verlangt an der Spitze Deutschlands ein Directorium. Von der österreichischen Regierung ist noch immer nichts eingelaufen. — Es ist nun beim Präsidium der Nationalversammlung, in den Clubs und im Schooße des Reichsministeriums die Frage aufgeworfen worden, bis zu welchem Tage man den Regierungen noch Raum lassen könne, um ihre Erklärungen einzureichen. So sehr auch Jeder fühlte, daß die Billigkeit gebiete, eine nicht zu kurze Frist anzulegen, so wenig ließ es sich doch verhindern, daß Gefahren auch mit dem Zuwarten verbunden seien, und man soll, wie wir vernahmen, dahin übereingekommen sein, mit der zweiten Lesung der Verfassung am Montag den 19. Februar zu beginnen. Bis dahin sind von heute an zehn Tage. Erwägt man aber, daß die preussische Note mindestens am 27. Januar in den Händen einer jeden deutschen Regierung war, so ergeben sich volle drei Wochen Zeit für jede derselben, sich über Fragen zu erklären, die nun seit bald einem Jahre in jedem Blatte und jedem Munde erörtert werden. Tage sind Jahre in diesem Augenblicke, und die Nationalversammlung erschöpft das äußerste Maß, indem sie so nahe am lang ersehnten Ziele eine so peinliche Pause macht.

Frankfurt, 7. Febr. Es laufen aus mehreren deutschen Ländern Nachrichten ein, welche melden, daß die demokratischen Vereine einen Aufstand vorbereiten. Die Nachrichten sind so übereinstimmend, daß an ihrem Inhalte leider nicht zu zweifeln ist. Wir sagen „leider“, nicht weil wir irgend Besorgniß vor dem Gelingen solcher wahnwitzigen Pläne hegen, sondern weil den Feinden der Freiheit dadurch der erwünschte Anlaß zu dem höhnischen Ausrufe gegeben würde: „Seht wohin die Grundrechte führen; mit der Freiheit befriedigt ihr nicht, ihr reizt nur!“ Wenn unsere „Volksmänner“ nur einen Funken politischen Verstandes besäßen, sie müßten aus allen Kräften dahin wirken, daß von nun an durch Beobachtung strenger Gesetzmäßigkeit von Seiten des Volkes die Unwahrheit des oft gehörten Sages bewiesen würde, „mit so ausgedehnten Freiheiten, wie die Grundrechte sie gewähren, sei nie und nimmer zu regieren, und es werde sich bald zeigen, daß sie ungeschmäkelt nicht fortbestehen können.“

Frankfurt, 6. Febr. Der preussische Gesandte in London, Herr Bunsen, welcher bei den Friedensunterhandlungen mit Dänemark in London die provisorische Centralgewalt vertreten wird, steht im Begriffe, von hier abzureisen. Die Instruktionen, welche Herr Bunsen erhalten, entsprechen natürlich der Absicht der Centralgewalt, den Frieden mit Dänemark abzuschließen, ohne die Interessen der Herzogthümer zu benachtheiligen und der Würde Deutschlands zu nahe zu treten. Die Instruktionen lauten demzufolge für die Selbstständigkeit Schleswigs in Unzertrennlichkeit von Holstein. Ist in dieser Hauptfrage ein Verständniß erfolgt, so werden die unterhandelnden Theile nun rascher über alle andern Punkte zur Einigung gelangen, da der Nothschrei der materiellen Interessen den Wiederausbruch der Feindseligkeiten nicht zuläßt und schon deshalb eine Prolongation des Waffenstillstandes eintreten würde, müßte das nicht schon wegen der Friedensunterhandlungen geschehen. (D. Z.)

Kremsier, 1. Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstags kam die Verhandlung über den Schuselka'schen Dringlichkeitsantrag vor. Abg. Fischhof hält ein Herausreißen der einzelnen Paragraphen der Grundrechte für unzulässig und amendirt deshalb jenen Antrag dahin, der Reichstag möge die Hoffnung aussprechen, das Ministerium werde der Krone die Sistirung der Todesurtheile bis zur Sanction der Grundrechte anrathen. Abg. Porrosch stellt aus demselben Grunde den Antrag, eine Deputation des Hauses möge sich in gleicher Absicht zu dem Kaiser begeben und ihn bitten, bis zur Sanctionirung der Grundrechte keine Todesurtheile vollstrecken zu lassen. Er wollte das Wort „sistiren“ darum vermeiden wissen, weil dadurch eine grausamere Dual über den Betreffenden verhängt würde, als durch die Vollstreckung des Todesurtheils selbst. Abg. Strobach erklärt sich gegen den Antrag, denn abgesehen davon, daß die Frage, ob von der Bestimmung dieses § nicht gewisse Ausnahmen zulässig seien, oder ob überhaupt in gewissen Fällen eine Suspension der Grundrechte nicht Platz greifen könne, gar nicht gelöst sei, so würde damit nur der freien Entscheidung des Monarchen vorgegriffen werden. Man habe es dem Ministerium wegen seiner Erklärung vom 4. Jan. zum Vorwurfe gemacht, daß es der Kammer die Gelegenheit nehme, aus freiem Antriebe loyal zu sein; man möge somit dem Monarchen gestatten, aus freiem Antriebe human zu sein; es sei genug, daß dieser Gegenstand hier in der Kammer zur Sprache gekommen. Abg. Dylewski glaubt, daß dadurch die Entscheidung des Kaisers an ihrem Werthe nichts verlieren, vielmehr der Satz sich bewahrheiten werde, daß der Kaiser mit dem Volke Hand in Hand gehe. Nachdem die Debatte für geschlossen erklärt worden, sagt Abg. Schuselka, er verzichte weiter auf das Wort, er habe gethan, was er als seine Pflicht erachte, und überlasse die

Entscheidung dem Hause. Sämmtliche drei Anträge werden abgelehnt. Es folgen hierauf fünf Berichte des Petitionsausschusses. Es liegen Petitionen der Episcopate von Salzburg und Breslau vor. Der Petitionsausschuß trägt darauf an, sie dem Constitutionsausschuße zu übergeben, glaubt aber der Wichtigkeit der Sache halber, die nächsten verhandelt werden wird, dem Hause davon Kenntniß zu geben. Die Petitionen werden zum Druck verwiesen.

Berlin, 5. Febr. Der Eindruck, den der Ausfall der heutigen Wahlen zur zweiten Kammer macht, ist ungemein groß. Waldeck, Jacoby und Rodbertus jeder zweimal gewählt, Temme, Behrends einmal und Phillips hat gegen den gemäßigten Grabow gesiegt! Das erinnert unter den obwaltenden Umständen an die Wahl der 221 in Frankreich im Juli 1830. Daß Rodbertus nur durch seine unmotivirte Ausweisung zur Ehre einer Doppelwahl gekommen, ist Thatsache; das Verfahren soll einen lebhaften Briefwechsel zwischen dem Ministerium und dem General Wrangel veranlaßt haben; gewiß ist, daß die Maßregeln des Obercommandos sich nicht alle der Billigung höheren Ortes erfreuen. Die Verfolgungssucht gegen Rodbertus, der doch seiner Zeit als Minister im Rathe des Königs saß, wäre in der That schwer zu begreifen, wenn man nicht wüßte, welche Einflüsse in der Nähe des Generals Wrangel den Ausschlag geben. Bei den jetzt nothwendig werdenden Neuwahlen von drei Abgeordneten oder vier, da Waldeck auch in der Provinz gewählt werden und dort annehmen wird, hat der Director des jüdischen Schullehrerseminars, Dr. Junz, alle Wahrscheinlichkeit für sich, wie aus dem Eindruck zu schließen, den seine vor dem vierten Wahlkreis gehaltenen Rede gemacht hat. Aus den umlaufenden Gerüchten wiederhole ich zwei, die den meisten Glauben finden: einmal, die Regierung lasse einige Regimenter zusammenziehen, um sie in die Nähe der Hauptstadt für die Dauer der Sitzung der neuen Abgeordneten-Versammlung zu verlegen; ferner, die neue Versammlung solle sofort aufgelöst werden, wenn sie in ultrademokratischem Sinne gegen die Verfassung vom 5. December vorgehe.

Für die vorgekommenen Doppelwahlen sind von der demokratischen Partei bei den Neuwahlen die Herren Dr. Junz, H. Siemon und Affessor Jung als Candidaten aufgestellt. Das Resultat der heutigen Wahlen hat durchaus nicht überrascht.

Aus Potsdam geht die Nachricht ein, daß der Oberpräsident von Pommern und der Justizrath Krahn aus Gremmen gewählt wurden; aus Magdeburg v. Unruh und Par; der Teltower und Bessow-Storower Kreis werden den Hrn. v. Vincke und den ehemaligen Minister v. Bodelschwingh gewählt haben. Morgen werden wir das Bestimmte darüber mittheilen.

Berlin, 4. Febr. Die im gestrigen Hauptblatte erwähnte Circularverfügung der Generalintendantur der königlichen Schauspiele an die ihr untergebenen Beamten und Schauspieler theilen wir in Folgendem wörtlich mit:

Nach dem Inhalte eines mir durch das Ministerium des königlichen Hauses mitgetheilten Erlasses des königl. Hofmarschallamtes sind seit dem 1. März v. J. vielfach Personen des königl. Hofdienstes verdächtig geworden, sich in republikanische Antriebe und Verbindungen eingelassen, auch durch ungebührliche respectwidrige Äußerungen über Seine Maj. bekundet zu haben, daß sie diejenige Treue und pflichtschuldige Hingebung nicht gegen, welche für ihren König und Herrn mit Recht verlangt werden muß. — Anonymen Verdächtigungen ist, wie sie es verdienen, nicht Glauben geschenkt worden; geschehen aber solche Angaben auf zuverlässigere Weise mit Angabe der Beweismittel, so sollen die betreffenden Individuen sofort ohne Ansehen der Person und der Verhältnisse zur Untersuchung gezogen und einseufelt vom Dienst suspendirt werden, um eventuell ihre Entlassung zu bewirken. — Die Generalintendantur ist beauftragt worden, alle den königl. Schauspielen angehörigen Personen dies mit der Verwarnung bekannt zu machen, daß dieselbe vorkommenden Falls gleiches Verfahren eintreten lassen wird. Generalintendantur der königl. Schauspiele. (gez.) v. Küfner.

Stettin, 4. Febr. Die preussische Regierung hat die drei ihr zugehörigen Dampfschiffe „der preussische Adler“, den „Königsberg“ (beide jetzt hier) und die „Elisabeth“ (in Stralsund liegend) dem deutschen Marineministerium in Frankfurt a. M. käuflich überlassen, und es sollen diese Fahrzeuge sofort für den Kriegsdienst tauglich gemacht und ausgerüstet werden. Der Kaufbetrag wird Preußen auf die Beisteuer zur deutschen Flotte angerechnet. (D. Ref.)

Halle, 5. Febr. Heute ist in unserer Stadt der constitutionelle Candidat Kaufmann Jacob, und in dem Saalkreise ebenfalls der constitutionelle Candidat Prediger Fubel in Domnitz mit überwiegender Stimmenmehrheit für die zweite Kammer gewählt worden.

München, 4. Febr. Die 17 Abgeordneten, welche sich vor einiger Zeit von dem Centrum trennten und seither in der Regel mit der Linken stimmten, haben sich nun als linkes Centrum constituirt und ein Programm angenommen, worin es heißt: „Wir wollen die Einigung der deutschen Volksstämme in einen Bundesstaat mit einer einheitlichen kräftigen Bundesstaatsgewalt. Wir anerkennen die Nationalversammlung zu Frankfurt a. M. als das gesetzliche Organ des deutschen Volkes zur Begründung seiner Einheit und Freiheit. Wir wollen, daß Bayern seine durch die Centralgewalt verkündeten Beschlüsse, gleich allen deutschen Einzelstaaten, unbedingt vollziehe, und soviel von seinen Souveränitätsrechten an die Reichsgewalt übertrage, als zur Bildung des deutschen Bundesstaates erforderlich sein wird. Wir wollen daher die unbedingte Anerkennung der Grundrechte des deutschen Volkes, und auf Grund der organischen

Reichsgesetze die Revision unserer bayrischen Staatsverfassung unter Festhaltung des Princips der constitutionellen Monarchie. Die eigentliche Linke zählt jetzt in ihrem Club, der von nun an jede Woche im bayrischen Hofe eine öffentliche Versammlung hält, 52 Mitglieder.

Der „Deutschen const. Zig.“ zufolge ist an die Linie, Freicorps und Landwehr von München, und bei letzterer an jeden Unteroffizier schriftlich, eine Ordre vom 12. Jan. ergangen, wonach in Zukunft bei Aufläufen die zur Handhabung der öffentlichen Ordnung commandirte Mannschaft beauftragt sein soll, nöthigenfalls ohne hierzu speciell requirirt zu sein und ohne vorgängige Warnung von der blanken wie von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

00 Dresden, 5. Febr. Die Registrator der zweiten Kammer enthielt ein Decret, wonach Sachsen zur deutschen Marine 113,000 Thaler zahlen soll, und Adressen, theils Mißbilligungen theils Zustimmungen wegen der in der Oberhausfrage gefaßten Kammerbeschlüsse. Staatsminister Oberländer antwortet auf die neulich von Blöde ergangene Interpellation wegen Mangels an Vorlagen: daß die jetzige Regierung seit Antritt ihres Amtes in ununterbrochener Thätigkeit gewesen, namentlich im Verkehr mit den Kammern gestanden, also die ohngefähr 50 Tage betragende Zeit zwischen dem Schluß des vorigen und der Eröffnung des jetzigen Landtages zur Aufarbeitung von currenten Geschäften benutzt habe; dessenungeachtet soll die Vorlage der deutschen Wechselordnung noch so zeitig erfolgen, daß sie bis den 1. Mai l. J. in Wirksamkeit treten könne. Was die Gewerbeordnung betreffe, müsse erst die Arbeitercommission ihre Vorlagen beenden. Das Plenum derselben läßt jetzt seine Vorlagen drucken und wird die Commission bald zur Berathung einberufen werden. Die Handelsgerichte können erst nach und mit der eintretenden Organisation der neuen Gerichte überhaupt errichtet werden. Die Revision der Verfassungsurkunde solle bis zur Vollendung der deutschen Reichsverfassung aufgeschoben bleiben. Ueber Trennung der Verwaltung von der Rechtspflege werde in 6 bis 8 Wochen eine Gesetzentwurf an die Kammern gelangen, woran sich eine Gemeinverordnung fügen lassen. Ueber Beseitigung der letzten Reste des Feudalwesens werden die Einführungsgeetze der deutschen Grundrechte das Nöthige enthalten. Ein Gesetz, die Störung der Ordnung betreffend, sei bearbeitet; eins dergleichen über Aufhebung der Collaturrechte in Arbeit; dergleichen eins über Einberufung einer Landessynode ebenfalls; für das Schulwesen arbeite eine besondere Commission unausgesetzt. Minister v. d. Pforden antwortet auf die wegen der preussischen Circulardnote gestellte Anfrage: daß die Regierung selbige erhalten, aber noch nicht beantwortet habe. Sie sei übrigens gar nicht so gestellt, daß sie definitive Erklärungen erheische. Daher halte die Regierung es für angemessen, erst die Vollendung der Reichsverfassung abzuwarten. Es schirmer kann sich dabei nicht beruhigen, hält es jetzt an der Zeit, sich zu erklären und behält sich weitere Anträge vor. Eine vollendete, die Jagdvergehen betreffende Landtagschrift wird vorgelesen und sodann die außerordentliche Deputation für das Bergwesen gewählt. Sie besteht aus folgenden 7 Abgeordneten: D. Benseler, Wagner, Hausstein, Jakob, Schneider, Auerwald, Kellermann. Morgen findet die erste gemeinschaftliche Sitzung beider Kammern statt.

Freiburg, 2. Febr. Den 18. v. M. ging eine von sehr vielen Bürgern der Stadt Freiburg unterschriebene Adresse an den Großherzog ab, worin sie Sr. k. Hoheit für die von ihm an die Centralgewalt zu Frankfurt erlassene Erklärung ihren Dank aussprechen. Hierauf hat der Großherzog an den Ueberbringer dieser Adresse ein Schreiben zur Kenntniß der Unterzeichner überschickt, dessen Eingang lautet: „Die mir mit Ihrem Schreiben vom 18. d. M. übersandte Dankadresse habe ich mit um so größerem Vergnügen empfangen, als es mich nur wahrhaft freuen kann, meine Gefinnungen auf solche Weise, wie es in jener Adresse geschehen, anerkannt zu sehen.“

N Darmstadt, 5. Febr. Auf der Tagesordnung der zweiten Kammer der Stände des Großherzogthums stand heute ein Antrag des Abg. Lehne, die Publication der Beschlüsse der Reichsversammlung und deren Rechtskraft betreffend. Der Antrag lautet dahin: die Kammer wolle die Staatsregierung ersuchen, zur Beseitigung jeden Zweifels die Erklärung durch das Regierungsblatt zu veröffentlichen, daß alle Beschlüsse der Reichsversammlung zur Erlangung der Rechtskraft im Großherzogthum keiner andern Publication bedürfen, als jener, welche durch das Reichsgesetzblatt erfolgt. Das Resultat der ausführlichen Discussion, an welcher sich die Abgg. Schend, Krug und Mohr, sowie der Ministerpräsident Jaup gegen, und die Abgg. v. Rabenau II., Bollhardt und Görg für den Antrag betheiligten, war, daß die Kammer den Antrag mit 28 gegen 9 Stimmen verwarf, und in Betracht, daß es sich von selbst versteht, daß die Reichsgesetze lediglich durch ihr Erscheinen im Reichsgesetzblatt gesetzliche Gültigkeit im Großherzogthum erlangen, wie denn auch die Staatsregierung diese Ansicht als richtig erkennt und sie durch die Verordnung vom 18. October v. J. ausgesprochen habe, nach einem Amendement des Abg. Schend einstimmig zur motivirten Tagesordnung übergang. Die neun Abgeordneten, die für den Antrag des Abg. Lehne gestimmt hatten, stimmten später auch für diese motivirte Tagesordnung, da sie erklärt hatten, persönlich nicht den mindesten Zweifel an der Gültigkeit der Reichsgesetze auch ohne die vorgeschlagene Bekanntmachung zu haben, und nur durch dieselbe vielen jetzt schon auftauchenden Zweifeln vorbeugen, und die Gültigkeit der Reichsgesetze über alle Ansichten, und gegen jeden Wechsel der Personen und Zeiten sicher stellen zu wollen. Ferner stand neben mehreren Gegenständen localer Natur ein Antrag des Abg. Hillebrand: die Stellung der politisch Angeklagten vor das Schwurgericht betreffend, nebst einem ähnlichen Antrag dieser Art, auf der Tagesordnung. Die Kammer beschloß nach dem Antrage der Minorität ihres Ausschusses: die Regierung um Erlaß ei-

nes transitorischen Gesetzes zu ersuchen, wonach die Aburtheilungen aller wegen Verbrechen oder politischer Vergehen sowohl bereits anhängigen Untersuchungen, als noch anhängig gemachten werden den Untersuchungen, insofern hinsichtlich beider die Beschuldigten oder civilrechtlich Betheiligten nicht eine frühere Entscheidung begehren, bis zum Eintritt der Wirksamkeit der Gesetze vom 28. October und 31. Dec. 1848 über die Schwurgerichte, ausgesetzt bleibt.

Stalien.

Rom, 29. Jan. Die Namen der Gewählten sind veröffentlicht. Der selbst im Namen an seinen Collegen Unruh in Berlin erinnernde Präsident des römischen Clubs, Sturbinetti, steht mit 16,000 Stimmen oben an. Ihm folgen Armellini mit 13,000, Sterbini, Muzarelli, Galletti mit 11,000, Scisani, Campello mit 9000, de Rossi, Calandrelli, Gabuni mit 7000, Mariani und Canino mit 6000 Stimmen. Im Ganzen muß man die Wahlen, im Vergleich mit denen in den Provinzen, noch gut nennen. Bis auf drei sind sie doch nicht völlig unbedeutend. Cicernacchio soll beinahe durchgedrungen sein. Aber auch an Spöttern hat es nicht gefehlt. Lambruschini, Nadezky, Antonelli, selbst Pio IX. und der Todtengräber sollen nicht leer an Stimmen ausgegangen sein. Zur Verherrlichung der Festfeier war alles Mögliche aufgegeben. Das Capitol frogte von Fahnen. Civica und Linie füllten den Platz, Musikbänden dienten zur Unterhaltung der Wartenden, Glockengeläute und Kanonendonner begleiteten den Namensausruf. Abends war das Capitol, aber auch nur das Capitol glänzend erleuchtet, die Stadt dagegen ganz dunkel. Grün, weiß, rothes bengalisches Feuer flammte. Ob wir nun das Zusammen-treten der Constituenten noch erleben werden? Man spricht von einem vollständigen Absall der sardinischen Regierung von der Revolution. Die sardinische Gesandtschaft hat Rom wirklich verlassen, während eine neue schon längst in Gaeta eingetroffen ist.

Frankreich.

Paris, 3. Febr. Die radicale Presse aller Schattirungen fährt fort, die unwiderleglichsten Beweise zu entwickeln, daß die Regierung am 29. v. M. den Staatsreich im Schilde führte, das Volk zu einem Kampfe herauszufordern und nach dem Kampfe die Nationalversammlung fortzuschicken und den Präsidenten der Republik zum Consul oder Kaiser zu proclamiren. Die Einflüsterungen einiger Departementalblätter zu einem solchen Staatsstreiche dienen vorzugsweise als Grundlage dieser Beweisführung. Allein trotz der glücklichen Auswahl der angeführten Stellen und dem unverkennbaren Scharfsinne, womit sie ausgebeutet werden, begreift man nicht, warum die Regierung, wenn sie wirklich den Sturz der Republik im Schilde führte, diesen Streich nicht ausgeführt hat. „Weil das Volk sich so schön, so ruhig, so einsichtsvoll benommen hat und nicht in die Falle, die man ihm gelegt, gegangen ist.“ Wozu aber war überhaupt ein blutiger Zusammenstoß zwischen dem „Volk“ und der bewaffneten Macht nöthig, wenn man die Volksvertreter zur Thür oder zum Fenster hinaus befördern und Ludwig Napoleon zum Consul oder Kaiser ausrufen wollte? Darauf sucht man vergebens in den geistreichen Journalen der rosen- oder blutrothen Republik eine Antwort, und aus dem einfachen Grunde, weil keine nur halbwegs vernünftige Antwort darauf möglich ist und man daher diese Frage übergeht. In der That war nichts leichter, als diesen Staatsstreich, hätte man ihn beabsichtigt, auszuführen. Ganz Paris war militärisch besetzt, die Kammer umgeben von 25 Kanonen und 10,000 Mann Truppen aller Waffengattungen; man konnte also den Volksvertretern entweder den Eingang in die Versammlung verbieten oder sie, nachdem sie versammelt, verhaften oder sonst auseinanderstieben; jeder Widerstand von ihrer Seite oder selbst von Seiten des Volkes war vergeblich und konnte im Augenblicke unterdrückt werden. Wozu erst eine Emeute abwarten? Hat etwa Napoleon, als er der Republik mit dem 18. Brumaire ein Ende machte, vorerst eine Emeute in den Straßen zu Stande gebracht? Hat Cromwell mit seinem bezanzerten Regimente die Bürger oder das Volk von London zuerst zum Kampfe herausgefordert, bevor er als Protector der Republik das Parlament schloß und an den Eingang desselben: „Zimmer zu vermieten!“ schrieb? Wenn die Regierung also vorigen Montag der Republik kein Haar krümmte und sich bloß gegen gewisse Republikaner in Vertheidigungszustand setzte, so beweist das klar, daß sie an keinen Staatsreich gedacht hat. „Aber“ —

schreien „National“ und „Peuple“ — „wenn die Regierung nichts Böses im Sinne hatte, warum widersteht sie sich dem Antrage auf eine parlamentarische Untersuchung?“ Aus dem einfachen Grunde, weil eine parlamentarische Untersuchung im vorliegenden Falle so viel ist, als die Minister in Anklagestand setzen. Nun würden sie allerdings freigesprochen werden, allein eine Regierung, über welcher der Verdacht eines beabsichtigten Staatsreiches schwebt, verliert alle moralische Kraft und müßte sich zurückziehen. Das ist es allerdings, was der „National“ und tutti quanti unter allerlei Formen verlangen. (R. 3.)

*** Paris, 4. Febr. Ein eigenthümlicher Fall erregt hier die allgemeinste Aufmerksamkeit. Seit mehreren Tagen werden nämlich gegen ein Haus im Quartier St. Jacques von unsichtbarer Hand Wurfgeschosse geschleudert und trotz der Ueberwachung des Hauses und seiner Umgebung durch zahlreiche Polizeienten, konnte bis jetzt weder die Zerstörung des Hauses verhindert, noch die Urheber derselben entdeckt werden. Es scheint, daß die Wurfgeschosse von einer Maschine herrühren, welche an einem verborgenen Orte aufgestellt ist, der bis jetzt nicht zu finden war. — Gestern Abend sollen abermals zahlreiche Verhaftungen stattgefunden haben und Papiere weggenommen worden sein, aus welchen hervorgeht, daß allerdings eine Verschwörung im Werke und daß die Insurgenten ihren Angriff zunächst gegen das Haus des Herrn Thiers richten wollen. Der Platz St. Georges, wo Thiers wohnt, ist deshalb mit Militär besetzt. — Die Commission, welche die Autorisation einer Anklage gegen den Volksrepräsentanten Proudhon zu prüfen hatte, entschied sich für die Bewilligung der Autorisation.

Oberst Forestier ist gestern Abend in Freiheit gesetzt worden. Auch d'Alton-Shee, in dessen Papieren sich nichts Verdächtiges vorfand, wird voraussichtlich bald wieder freigelassen werden.

Donaufürstenthümer.

Bukarest, 11. Jan. (S. W.) Die Kosaken und die Lublinischen Jäger und Artillerie bilden die Avantgarde von den russischen Truppen, welche an die siebenbürgische Grenze marschirten, und hier heißt es, wenn die Szekler sich nicht zur Ruhe geben, würden die türkischen und russischen Truppen in Haromszel einrücken und Partei für die kaiserlich Gesinnten ergreifen. Bei Dragostoveny soll es zwischen türkischer Infanterie und den Szeklern, welche siebenbürgischen Romanen bis auf walachisches Gebiet verfolgten, zu einem Gefechte gekommen sein, wobei mehrere Szekler todt geblieben wären und die anderen Reißaus genommen hätten. *) Die blutigen Fesseln der gefallenen Türken wurden hierher gebracht und in dem Palaste Dmer Paschas niedergelegt. — Das Gerücht, daß Fürst Stourdza abgedankt habe und Hr. v. Koznovan einweisen als Raimatam (Statthalter) ernannt worden sei, findet wenig Glauben.

Börsenberichte.

Berlin, 5. Febr. Staatsanleihe 80 à 80 1/2 bez., See-handlungsprämien 98 1/2 etw. bez., Bankanleihe 90 1/2 u. 1/2 bez. (ohne Divid.), Berlin-Hamburg 59 1/2 Br., Köln-Minden 78 1/2 etw. bez. u. B., Friedr.-Wilh.-Nordb. 37 3/4 à 1/2 bez., Rheinische 49 3/4 zu machen, Thüringische 50 bez., Russ. 4pCt. bei Stieglitz 87 B. Poln. 500 fl. Loose 74 1/2 etw. bez., do. 300 fl. Loose 100 1/4 G., Kurhess. Prämienanleihe 26 3/4 bez., Badische 35 fl. Loose 16 bez.

Die Course der Fonds sowohl als die der Eisenbahnactien behaupteten ihren festen Stand, und einige wurden sogar etwas besser bezahlt. Das Resultat der heutigen Abgeordnetenwahlen für die zweite Kammer war bereits an der Börse bekannt.

Wien, 3. Febr. 5pCt. Metall. 84 3/4. — 4pCt. 67 1/2. — 3pCt. —. — 2 1/2pCt. 45. — Bankactien 1120. — 500 fl. Loose 145 1/2. — 250 fl. Loose 88 1/2. — Nordbahn-actien 99 1/4. — Gloggnitzer 96. — Mäländer 65 1/2.

Amsterdam, 4. Febr. 4 Uhr. 2 1/2pCt. Ingr. 49 1/4, 5/16. — 5pCt. Ard. à L. 510. — 5pCt. Met. 72 3/8. — 3pCt. 30. — do. int. à 6000 fl. 20 3/4, 7/16. — 5pCt. Met. 72 3/8.

Integrale waren heute etwas angenehmer, von Span. waren Ardoins etwas mehr angeboten, dagegen 3pCt. inländ. bei sehr lebendigem Geschäft mehr gesucht. In den übrigen Fonds war die Stimmung etwas beliebter.

*) In Siebenbürgen selbst weiß man nichts von diesem Gefechte.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. S. Maltin.

Cours der Staats - Papiere. 7. Febr. 1849. (Schluss der Börse.)										Wechsel-Cours.			
		pCt.	Papier.	Geld.			pCt.	Papier.	Geld.	Den 7. Febr.		Papir.	Geld.
Oesterreich	Metalliq. Obligat. . .	5	76 ¹ / ₂	75 ⁷ / ₈	Württemberg.	Obligationen b. Roths.	3 ¹ / ₂	79 ¹ / ₄	78 ³ / ₄	Amsterdam (k.S.)	—	100 ¹ / ₂	
	» ditto ditto . .	4	60 ³ / ₄	60 ¹ / ₄	»	Neue Württemberg.	4 ¹ / ₂	94 ¹ / ₈	93 ⁵ / ₈	(100 fl. Crt.) (2M.)	—	99 ³ / ₄	
	» ditto ditto . .	2 ¹ / ₂	40 ³ / ₂	40	Nassau	Obligat. b. Roths.	3 ¹ / ₂	—	80 ¹ / ₂	Augsburg (k.S.)	—	119 ³ / ₄	
	» Bank-Actien o. D.		1215	1210	Frankfurt	fl. 25 Loose		21	20 ³ / ₄	(100 fl. Crt.) (2M.)	—	—	
	» fl. 250 Loose o. Roth.		81 ³ / ₄	81 ¹ / ₄	»	Obligationen	3	77 ¹ / ₄	76 ³ / ₄	Berlin . . (k.S.)	—	105 ¹ / ₈	
	» fl. 500 „ ditto		129 ¹ / ₄	128 ³ / ₄	»	ditto v. 1839	3 ¹ / ₂	92 ¹ / ₄	91 ³ / ₄	(60 Thlr.) (2M.)	—	—	
Preussen	» Bethmann. Obligat.	4 ¹ / ₂	74 ¹ / ₂	74	»	ditto v. 1846	3 ¹ / ₂	87 ³ / ₄	87 ¹ / ₄	Bremen (50 k.S.)	—	98 ⁷ / ₈	
	» ditto ditto	4	—	64 ¹ / ₂	»	Tannusbahnactien . .		284	281	Rthlr. A.L.-dort (2M.)	—	—	
	» Staatsschuldscheine	3 ¹ / ₂	80 ³ / ₄	80 ¹ / ₄	Holland	Integrale	2 ¹ / ₂	49 ⁵ / ₈	49 ³ / ₈	Hamburg (k.S.)	—	88 ³ / ₈	
	» Prämien-scheine . .		—	98	»	Holländische	4	—	77	(100 Mk. Bco.) (2M.)	—	87 ⁷ / ₈	
	» Bayern . Obligationen	3 ¹ / ₂	77 ⁷ / ₈	77 ³ / ₈	»	Syndicats	3 ¹ / ₂	—	76 ⁷ / ₈	Leipzig (60 k.S.)	—	105 ¹ / ₈	
	» Darmstadt . fl. 50 Loose		71 ¹ / ₄	70 ⁷ / ₈	Spanien	Activsch. incl. 16 Cp.	5	—	—	Thlr.) i. d. M.	—	—	
Baden	» fl. 25 ditto		25 ¹ / ₂	25 ¹ / ₄	»	Innere Sch. neue Obl.	3	21 ¹ / ₂	21 ¹ / ₄	London . . (k.S.)	—	120 ⁷ / ₈	120 ⁵ / ₈
	» Obligationen	3 ¹ / ₂	79 ¹ / ₄	78 ³ / ₄	Portugal	Consols Lst. à fl. 12	3	—	—	(10 Livr. St.) (3M.)	—	—	120
	» ditto	4	87 ¹ / ₂	87	Polen	fl. 500 Lott. Loos Rth.	—	—	101	Lyon . . . (k.S.)	—	95 ¹ / ₄	—
	» Obligationen v. 1842	3 ¹ / ₂	78 ³ / ₈	77 ⁷ / ₈	»	Obligationen de fl. 500	4	74 ⁷ / ₈	74 ⁵ / ₈	(200 Fr.) (2M.)	—	—	—
	» fl. 50 Loose v. 1840		49 ¹ / ₂	49	Russland	in R. fl. 2. b. Grun. et C.	4	—	82 ¹ / ₄	Mailand (250 k.S.)	—	93 ¹ / ₈	—
	» fl. 35 Loose		28 ⁵ / ₈	28 ³ / ₈	»	ditto b. Stieglitz et C.	4	—	82	Lir. Austr.) (2M.)	—	—	—
Gold.		fl.	kr.	Silber.		fl.	kr.	Diverse Actien u. Loose.		Brief.	Geld.		
Pistolen	9	54		Gold al Marco . .	382	—	—	Kurhessische Loose . .	27 ³ / ₈	27 ¹ / ₈			
Pr. Friedrichs'or .	9	55 ¹ / ₂		Laubth., ganze . .	—	—	—	Sardinische Loose . . .	27 ¹ / ₂	27			
Holl. 10 fl. Stücke	10	1		Preuss. Thaler . .	—	—	—	Cöln-Aachen	—	—			
Rand Ducaten . .	5	37		5 Frankenthaler .	—	—	—	Cöln-Minden	79 ⁵ / ₈	79 ¹ / ₈			
20 Francsstücke .	3	35		Hochhaltig Silber .	24	28		Ludwigsh.-Bexbach . .	71 ⁵ / ₈	71 ¹ / ₄			
Engl. Souverains .	12	1		Gering u. mittelh.	24	20		Friedr.-Wilhs.-Nordbahn	37 ³ / ₄	37 ¹ / ₂			
Nach der Börse: 2 ¹ / ₂ pCt. Met.—; 3pCt. Span. Inl.—; Tannusbahn-Actien (pr. Ult.)—; Ludw.-Bexb.—; F.-W.-Nordb. — G.													